

Liebe Freund*innen, liebe Kieler*innen,

ich grüße euch im Namen des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus und der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“. „Unsere Alternative heißt Solidarität!“ - diese Losung halten wir überall der AfD und anderen Rassisten entgegen, und in diesem Sinne stellen wir uns auch gegen die Leute von „Widerstand 2020“ und andere „Coronarebellen“, die mit ihrem extrem unsolidarischen Auftreten alles für eine Ausbreitung statt Überwindung der Pandemie getan haben. Und die dabei in vielen deutschen Städten den widerlichsten Rassisten und Antisemiten Raum geben.

Heute haben wir ihnen zumindest diesen Platz genommen. Wir werden uns weiter mit ihnen befassen müssen. Aber hier sollen Menschen zu Wort kommen, die wirkliche Probleme haben und für solidarische Lösungen streiten, auch dafür, dass die tatsächlich vorgenommen Einschränkungen demokratischer Rechte, die an sich schon viele Menschen und Familien vor ernste Probleme stellen, ständig von Parlamenten für alle Menschen nachvollziehbar überprüft werden und auf keinen Fall länger aufrechterhalten bleiben als unbedingt nötig. Wir stehen hier als Antifaschist*innen, weil wir die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit auch in der Krise verteidigen, indem wir sie wahrnehmen; verantwortungsbewusst und solidarisch, wie gesagt.

Wir verteidigen heute die Solidarität aller Antifaschist*innen. Wir erleben andauernd Versuche, „Die Antifa“ zu kriminalisieren, die als Organisation hier ebensowenig existiert wie in den USA; schon vor Donald Trump hat die AfD ein „Verbot der Antifa“ in Deutschland gefordert und meint damit uns alle, sie hat auch schon mal das Verbot meiner Gewerkschaft ver.di gefordert. Klar, dass sie jetzt ihre Begeisterung für Mr. Trump nicht zügeln kann. Mit ihren Angriffen auf antifaschistische Bündnisse, mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN/BdA usw. leiten der sogenannte „Verfassungsschutz“ und andere staatliche Stellen Wasser auf die Mühlen der Faschisten.

Wir sind solidarisch verbunden nicht allein mit den Menschen in unserem Land; eine „nationale Solidarität“ gibt es für uns nicht, Nationalismus ist ein Übel wie Rassismus, man könnte sagen: ein weiteres gefährliches Virus. „**Leave no one behind!**“ - Das ist eine der verbindenden Losungen weltweit; die Krise darf nicht erfolgreich als Ausrede benutzt werden, Tausende Menschen in den Elendslagern an den Außengrenzen von Staaten zu belassen, die zur EU gehören. „**Black lives matter!**“ ist eine weitere, die in diesen Tagen nach dem Mord an George Floyd in den USA Menschen in aller Welt auf die Straße bringt, in Solidarität mit denjenigen, die dort gegen institutionellen Rassismus und Polizeigewalt kämpfen – und als aktuelle Losung des solidarischen Kampfes gegen diese Übel in unserem Land. Wir werden auch den Mord an Oury Jalloh niemals vergessen oder verzeihen.

In unserem Aufruf zur Beteiligung an der heutigen Kundgebung haben wir geschrieben: „Es gilt (...), all denen das Handwerk zu legen, die manche für eine gewisse Zeit notwendige Einschränkung demokratischer Rechte dauerhaft festschreiben wollen, und denen, die ‚nach Corona‘ alle Sozialleistungen ‚auf den Prüfstand stellen‘ und noch weiter beschneiden wollen, wie es zurzeit am deutlichsten Friedrich Merz (CDU) fordert. Nicht zuletzt unsere Gewerkschaften sind hier gefordert. Der Kampf um Verteidigung, Ausbau und dauerhafte Sicherung sozialer Errungenschaften bekommt unter den heutigen Bedingungen direkt antifaschistischen Charakter. Gewerkschaftsmitglieder und alle anderen Antifaschist*innen müssen auch dabei zusammenstehen.“

Dazu passt eine weitere Losung, die zurzeit um die Welt geht: „**Make the rich pay for covid 19!**“

Zu meiner persönlichen Betroffenheit: Ich bin Rentner. Dass in den vergangenen Wochen Politiker*innen die Meinung vertreten haben, die Renten sollten in diesem Jahr nicht angepasst werden, dass solche Leute verkünden, das Renteneintrittsalter solle weiter erhöht werden – das macht mich wütend. Die Lebenserwartung hat sich doch erhöht, sagen sie; ihre eigentliche Botschaft lautet also: Es sterben nicht mehr genug Menschen, bevor sie das Rentenalter erreichen. Den Rentner*innen in Deutschland wird vorgeworfen, nach jahrzehntelanger Arbeit nun auch noch mehr als nur ein paar Jahre weiterleben zu wollen, und das womöglich noch ohne soziale Not!

So reden und handeln Menschenfeinde, vor allem: Feinde der arbeitenden Bevölkerung. Lassen wir uns nichts vormachen von denen, die jetzt sagen, in der Krise könne man keine „zusätzlichen Geschenke“ verteilen, während sie Milliarden in Aufrüstung und Kriegsvorbereitung stecken. Alle Werte, alle finanziellen Mittel und alle Sachleistungen, über deren mögliche Verteilung Politiker*innen befinden, sind durch unsere Arbeit zustande gekommen. Wir haben sie geschaffen. Kapitalist*innen und Politiker*innen können uns gar nichts schenken, sie können uns, unseren Familien und allen Menschen in diesem Land nur einen größeren oder eben auch geringeren Anteil dessen zurückgeben, was sie uns zuvor genommen haben. Alles, was wir brauchen, müssen wir uns erkämpfen.

Altersarmut ist ein gravierendes Problem in dieser Gesellschaft. Eine Schande, ebenso wie die Kinderarmut, von der in Kiel fast jedes dritte Kind in Kiel betroffen ist, in Gaarden sind es über 60 Prozent. Wenn wir es nicht schaffen, diesen Zustand zu ändern, wittern die Rechten ihre Chance – wir haben es anhand der verlogenen, von der AfD unterstützten Kampagne „Fridays gegen Altersarmut“ erlebt, deren Treiben wir in Kiel immerhin bisher unterbinden konnten. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Problem – auch das mit den rechten Demagogen – fortbesteht und dass wir selbst in dieser Hinsicht viel organisierter und offensiver auftreten müssen.

Faschistische Gewalt wird auch durch die Krise nicht gehemmt, wie viele Menschen leidvoll erfahren. Gleichzeitig bestätigt sich, was wir in der „Kieler Erklärung“ des Runden Tisches geschrieben haben:

„Offener und organisierter Neofaschismus ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Rassistische Erklärungsmuster und Orientierungen entstehen in der Mitte der Gesellschaft. (...) Sie werden gefördert durch gesellschaftliche Verhältnisse, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittmotor rechtfertigen und damit Entsolidarisierung und Ausgrenzungsbereitschaft notwendig hervorbringen.“

Ändern wir diese Verhältnisse. Gemeinsam. Eingedenk der bekannten Worte Bertolt Brechts: „Unsre Herrn, wer sie auch seien, sehen unsre Zweittracht gern. Denn solange sie uns entzweien, bleiben sie doch unsre Herrn. Also, „Schwarze*r, Weiße*r, Braune*r, Gelbe*r“ - stärken wir unseren Zusammenhalt und unsere überparteilichen Bündnisse wie den Runden Tisch. Solidarität hilft siegen.